Stand: 18.11.2025 15:04:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5012

"Bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung auch 2015 eigenständig fortführen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/5012 vom 28.01.2015
- 2. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 29.01.2015
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5875 des SO vom 05.03.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 22.04.2015



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.01.2015 Drucksache 17/5012

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung auch 2015 eigenständig fortführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auch 2015 einen eigenständigen bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung durchzuführen.

Begründung:

Die Bundesregierung hat am 27. August 2014 beschlossen, ab dem Jahr 2015 jährlich am 20. Juni den "Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" zu begehen. Den bayernweiten Gedenktag hat Bayern am 14. September 2014 mit einem Festakt im Kuppelsaal der Staatskanzlei zusammen mit der Ausstellung "Angekommen. Die Integration der Vertriebenen in Deutschland" begangen. Alle beteiligten Verbände haben diesen Gedenktag als wichtiges Signal für das Erinnern an die Vertreibung unschuldiger Menschen gewürdigt und dessen Fortsetzung befürwortet. Dies wurde auch am 7. Oktober 2014 bei einem Spitzengespräch in der Staatskanzlei deutlich, an dem Vertreter aller Vertriebenenverbände unter dem Vorsitz von Staatsminister Dr. Marcel Huber teilnahmen. Daher ist eine Zusammenlegung mit dem bundesdeutschen Gedenktag nicht anzustreben, weil hier die bayerischen Interessen nicht ausreichend umgesetzt werden können. Unterstützend kommt hinzu, dass auch die beiden anderen Bundesländer Hessen und Sachsen auch weiterhin einen eigenständigen Gedenktag durchführen wollen. Der Zeitpunkt in der Mitte des Septembers ist auch günstig, weil ein angemessener zeitliche Abstand zum bundesdeutschen Gedenktag besteht, dabei die bayerischen Interessen herausgestellt werden können und es keine personellen, zeitlichen und konzeptionellen Überschneidungen zum bundesdeutschen Gedenktag am 20. Juni gibt.

wir weiterverfolgen werden müssen. Das Format war Gold wert, und ich kann nur noch einmal sagen, dass die Rückmeldungen der Teilnehmer der Plattform mehr als positiv waren. Die Presse hatte manchmal die Schwierigkeit, negative Stimmen zu finden. Das tut mir für die Presse sehr leid; aber für den Dialog war es sehr schön. So soll es auch in Zukunft sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Antrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/5004 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD-Fraktion und CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/5017 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion und zwei Stimmen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD und wieder Stimmen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Stimmen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER und einige Stimmen bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Eine klare Linie bei den FREIEN WÄHLERN! – Weitere Zurufe)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5005 bis 17/5012 sowie 17/5018 bis 17/5020 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Hilfe und Unterbringung in psychischen Krisen und bei psychischen Krankheiten (PsychKHG) (Drs. 17/2622)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache und darf noch einmal darauf hinweisen, dass die Redezeit nach den neuen Regeln der Geschäftsordnung für die CSU-Fraktion 16 Minuten, für die SPD-Fraktion 12 Minuten, für die Fraktion der FREIEN WÄHLER 10 Minuten, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch 10 Minuten und für die Staatsregierung 16 Minuten beträgt. Als Erste hat Frau Kollegin Celina das Wort.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich bitte um Ruhe. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Nachdem wir gerade über HGÜ und die Dringlichkeitsanträge abgestimmt haben, bin ich sicher, dass ich jetzt die volle Aufmerksamkeit für das Thema unseres Gesetzentwurfs habe, und ich bin gespannt, wie die Debatte laufen wird. Vorhin haben wir über den Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Maßregelvollzug beraten, und jetzt geht es um die zweite Seite der Medaille, nämlich um unseren Gesetzentwurf, der die Hilfe für Menschen mit psychischen Krankheiten und für Menschen, die sich in Krisensituationen befinden, zum Inhalt hat. Hier zeichnet sich nach vielen Jahren Reden und Nichtstun im Landtag ab, dass es ein entsprechendes Gesetz geben wird. Ein früherer Referentenentwurf, der schon einmal entwickelt worden war, ist leider wieder in der Schublade verschwunden, sodass wir in Bayern gesetzlich immer noch auf dem Stand von 1992, also sowohl gefühlt als auch praktisch im letzten Jahrtausend, sind.

In dieser Landtagsperiode zeigt sich endlich Licht am Horizont. Nach einer Anhörung am 24. Juni 2014, also vor sieben Monaten, haben wir Abgeordnete entschieden, endlich etwas zu tun. Wir GRÜNE haben noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf vorgelegt, und die anderen Parteien haben einen Runden Tisch vereinbart, um erst einmal Eckpunkte für ein Gesetz vorzulegen, wie es in 14 von 16 Bundesländern schon existiert.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Obwohl in unserer "paradiesischen Heimat Bayern" fast immer alles zum Besten steht, befinden wir uns bei diesem Thema leider auf dem vorletzten oder letzten Platz im Ranking der Bundesländer. Die eben angesprochenen Eckpunkte für ein Gesetz sind immer noch nicht abgestimmt. Der Runde Tisch hat noch nicht einmal getagt,

(Zuruf von der SPD: Das stimmt einfach nicht!)

und das Einzige, was vorliegt, ist nach wie vor unser Gesetzentwurf.

Liebe Kollegen, in meiner Rede zum Maßregelvollzug habe ich darum gebeten, Ideen und Konzepte ernsthaft miteinander zu diskutieren. Dazu gehört aber



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

05.03.2015 Drucksache 17/5875

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/5012

Bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung auch 2015 eigenständig fortführen

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Dr. Hans Jürgen Fahn Mitberichterstatter: Dr. Gerhard Hopp

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 28. Sitzung am 5. März 2015 beraten und für erledigt erklärt.

Joachim Unterländer Vorsitzender Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Protokollauszug 43. Plenum, 22.04.2015

Bayerischer Landtag - 17. Wahlperiode

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Nummern 16 und 24 der Anlage zur Ta-

gesordnung. Dies sind der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Felbinger und

anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Besuch einer Gedenkstätte für die

Opfer des Nationalsozialismus/eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayeri-

schen Schularten fest verankern" auf der Drucksache 17/5334, der auf Antrag der

Fraktion der FREIEN WÄHLER einzeln beraten werden soll, und der Antrag der Abge-

ordneten Arnold, von Brunn, Ruth Müller und anderer und Fraktion (SPD) betreffend

"Erlaubnis der Verwendung von mit der Waffe verbundenen künstlichen Lichtquel-

len ... und Nachtzielgeräten ... für die Jagd auf Schwarzwild insbesondere in Problem-

gebieten" auf der Drucksache 17/5142, der auf Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls ein-

zeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstim-

mungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich, anzuzei-

gen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese

Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses

(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 2015 Vf. 3-VIII-15 betreffend

Meinungsverschiedenheit zwischen den Antragstellerinnen

- 1. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag,
- Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag

und den Antragsgegnerinnen

- CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag,
- 2. Bayerische Staatsregierung

über die Frage, ob § 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) die Bayerische Verfassung verletzt PII/G1310.14-0012

Drs. 17/6166 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 2015 Vf. 4-VIII-15 betreffend

Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin

SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen

- 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag,
- 2. Bayerische Staatsregierung

über die Frage, ob § 1 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) die Bayerische Verfassung verletzen. PII/G1310.14-0012 Drs. 17/6164 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichtes Erster Senat vom 9. März 2015 1 BvR 1314/12, 1 BvR 1630/12, 1 BvR 1694/13, 1 BvR 1874/13 betreffend Verfassungsbeschwerden
 - gegen das Gesetz zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin – SpielhG Berlin) vom 20. Mai 2011 (GVBI S. 223)
 - gegen § 2 Abs. 1 und 3; § 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3; § 5 Abs. 1; § 6 Abs. 1 bis 4, Abs. 6 bis 8; § 8 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 und 4; § 7 Abs. 1 Nr. 2, 4 bis 7, 9 bis 14 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin SpielhG Bln) vom 20. Mai 2011 (GVBI S. 223)
 - gegen § 29 Abs. 4 Satz 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Satz 1 GlüStV und Art. 11 Abs. 1 Satz 2 BayAGGlüStV (einjährige Übergangsregelung für nach dem 28. Oktober 2011 nach § 33i GewO genehmigte Spielhallen)
 - gegen
 - a) das in Art. 1 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Gesetz über die Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Erster GlüÄndStV), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 156 ff.,
 - b) das in Art. 5 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Saarländische Spielhallengesetz (SSpielhG), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 171 ff.

PII/-G1320.13-0003 Drs. 17/6167 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerden sind unbegründet.
- III. Die Stellungnahme fertigt der Abgeordnete Jürgen W. Heike.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD Inklusion jetzt: Schulbegleitung überarbeiten Drs. 17/3693, 17/6071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Zusätzlicher Aufwand durch das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung Drs. 17/3714, 17/6050 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

6. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Ruth Waldmann, Annette Karl u.a. SPD Einführung landesweit verbindlicher, einheitlicher Standards für Querungsstellen im öffentlichen Verkehrsraum

Drs. 17/4397, 17/5832 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

7.	Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
	Kathi Petersen u.a. SPD
	Umsetzung des Nationalen Krebsplans – Bundesweite Bedarfsanalyse des stationären und ambulanten psychoonkologischen Versorgungsangebots Drs. 17/4487, 17/6055 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Übernahme der kommunalen Kosten für Kindertageseinrichtungen bei der Betreuung von Kindern von Asylsuchenden Drs. 17/4505, 17/5874 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Videoüberwachung an Schulen Drs. 17/4690, 17/6072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU Bericht zum LehrplanPLUS Gymnasium Drs. 17/4702, 17/6073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zum angekündigten 10.000 Häuser-Programm der Bayerischen Staatsregierung Drs. 17/4720, 17/6067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rückbau der Gleisanlagen der Sinntalbahn verhindern und Sinntalbahn nicht von eisenbahnbetrieblichen Zwecken freistellen Drs. 17/5029, 17/5833 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

13.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Bericht über den Stand und Weiterentwicklung der Familien- und
	Sexualerziehung in Bayern
	Drs. 17/5035, 17/6077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD Mitfinanzierung der geriatrischen Rehabilitation durch die Pflegeversicherung

Mitfinanzierung der geriatrischen Rehabilitation durch die Pflegeversicherung Drs. 17/5125, 17/6056 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH	Z

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum Zustimmung zugrunde zu legen.

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Weihnachtsgans mit gutem Gewissen – Kennzeichnung von Gänsefleisch vorantreiben

Drs. 17/5135, 17/6042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Erlaubnis der Verwendung von mit der Waffe verbundenen künstlichen Lichtquellen (KLQ) und Nachtzielgeräten (NZG) für die Jagd auf Schwarzwild insbesondere in Problemgebieten Drs. 17/5142, 17/6048 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht zur Perspektive der standortnahen Atommüllzwischenlager in Bayern nach der Aufhebung der Genehmigung für das Zwischenlager Brunsbüttel Drs. 17/5191, 17/6044 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Volker Bauer, Robert Brannekämper u.a. CSU Eigene Rubrik im Familienpakt Bayern: Männer in der Arbeitswelt Drs. 17/5196, 17/5876 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 G7-Gipfel: "Kein Bürger soll auf Schäden sitzenbleiben"
 Drs. 17/5227, 17/6015 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
 Alphabetisierungsatlas für Bayern vorlegen
 Drs. 17/5229, 17/6074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Sonderrechte für Rettungsdienst und Notarzt in der StVO – Umsetzung in Bayern Drs. 17/5230, 17/6065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Öffentlichen Wohnungsbau stärken und langfristig bezahlbares Wohnen sicherstellen

Drs. 17/5304, 17/6143 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

23.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Anspruch auf Zuerkennung eines MODUS-Status
	Drs. 17/5306, 17/6078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus / eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayerischen Schularten fest verankern Drs. 17/5334, 17/6079 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Verursacher lärminduzierter Gesundheitsschäden durch Fluglärm an Behandlungskosten beteiligen Drs. 17/5335, 17/6057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer u.a. CSU Ausbildung in der Altenpflege – Ausbildungsumlage einführen Drs. 17/5338, 17/6058 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

27.	Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU Ambulante medizinische Versorgung außerhalb der normalen Praxisöffnungszeiten: verlässliches Angebot für die Patienten – finanzieller Ausgleich für Krankenhäuser Drs. 17/5340, 17/6059 (E)				
	Votum des federführer Gesundheit und Pfleg				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
28.	 Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Klaus Steiner u.a. CSU Laubholzbockkäfer effektiv bekämpfen Drs. 17/5341, 17/6049 (E) 				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
29.	 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU Bericht zum LehrplanPLUS Drs. 17/5345, 17/6075 (E) 				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

 Antrag des Abgeordneten Michael Brückner CSU Erweiterung des Berichts über die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatsregierung um einen Forecast Drs. 17/5346, 17/6141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag des Abgeordneten Jürgen Baumgärtner CSU Verbesserung des Pflegesystems durch Abbau von Bürokratie – Übernahme von Kosten für den Transport zu ambulanter medizinischer Versorgung nach Feststellung der Notwendigkeit durch den behandelnden Arzt Drs. 17/5347, 17/6060 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	Z

32. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD

Einrichtung des gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V ermöglichen Drs. 17/5379, 17/6061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

33.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Versprechen halten! Budgetzuschläge für kleine Gymnasien umsetzen
	Drs. 17/5407, 17/6076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
 Keine unverhältnismäßigen Abholzungen in von ALB-betroffenen Gebieten Drs. 17/5431, 17/6046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rechte indigener Bevölkerung schützen – ILO-169-Übereinkommen ratifizieren Drs. 17/5484, 17/6142 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

36. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Französisch als zweite Fremdsprache auch musischen Gymnasien ermöglichen Drs. 17/5489, 17/6080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Ausbau der Bundesautobahn A 3 / Realisierung A 94 Drs. 17/5494, 17/6069 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			A

38. Antrag der Abgeordneten Michael Hofmann, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU S-Bahn Haltepunkte Forchheim Nord Drs. 17/5522, 17/6070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Ø

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bauunterhalt und Sanierung staatlicher Gebäude Drs. 17/5611, 17/5974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u.a. SPD Grundstockvermögen des Freistaats Bayern offenlegen

Drs. 17/5624, 17/5975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung auch 2015 eigenständig fortführen Drs. 17/5012, 17/5875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat